

27. September - Wählen gehen !



Nach dem "erfolgreichen" Misstrauensvotum gegen Ministerpräsident Peter Harry Carstensen Ende Juli und der damit verbundenen Auflösung des Landtages stehen nun vorzeitig am 27. September Landtagswahlen in Schleswig-Holstein bevor. Dies nahm die GdP zum Anlass, die zuletzt im Landtag vertretenen Parteien noch vor der Sommerpause mit Beginn des Wahlkampfes kurzfristig in drei Fragen zur Situation und zur weiteren Entwicklung der Landespolizei zu befragen. Die Antworten werden in Folge von drei Flyern veröffentlicht. Das Ganze kann aber auch in der September-Ausgabe der Deutschen Polizei nachgelesen werden.

Frage:

Die **Belastung der schleswig-holsteinischen Polizei** hat einen bisher nicht gekannten Grad erreicht: Geschlossene Einsätze mit der Folge, dass immer mehr Kollegen aus dem Einzeldienst herausgelöst und an verschiedene Brennpunkte in geschlossene Einsätze gebracht werden müssen. Neue Kriminalitätsform und technisch aufwändigere Ermittlungsverfahren begleiten diese Situation. Gleichzeitig wird die Diskussion um eine 2. Einsatzhundertschaft geführt und andererseits über eine Stelleneinsparung, die jetzt mit 150 Stellen beziffert wird, diskutiert. Eine konzeptionelle Aufgabenkritik wird dabei nicht geführt.

Wofür werden Sie nach der Landtagswahl stehen, welches Konzept verfolgen Sie?

Da wir als CDU Sicherheit offensiv gestalten wollen, setzt dies unabdingbar voraus, dass eine ausreichende Personalausstattung im Vollzugsbereich für die Bewältigung der Kernaufgaben vorhanden ist. Wir werden in der nächsten Landesregierung als politisch Verantwortliche die Frage beantworten, welche Aufgaben die Polizei in Schleswig-Holstein mit welcher Intensität noch leisten kann. Wir werden dafür sorgen, dass es eine verbindliche politische Aussage über die zukünftige Auftragslage und Aufgabenentwicklung unserer stark einsatzbelasteten Landespolizei gibt.

Wir wollen, dass die Menschen in Schleswig-Holstein auch in Zukunft sicher leben können. Wir stehen zur Polizei und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Obwohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Arbeitszeitverlängerung, Arbeitsverdichtung, Lohnzurückhaltung und Kürzungen beim Weihnachtsgeld bereits sehr viel geleistet haben, macht die finanzielle Situation des Landes weitere Einsparungen unvermeidlich. Dazu brauchen wir strukturelle Veränderungen in der Verwaltung, Aufgabenabbau und ein Höchstmaß an Mitwirkung der Beschäftigten.

Die Überprüfung des Aufgabenbestandes der Polizei bedarf aus Sicht der FDP keiner zusätzlichen Reform, sondern ist ständige Aufgabe der Politik und der Verwaltung. Im Kern wird sich der Bestand der Aufgaben der Polizei allerdings nicht verringern. Für die Gefahrenabwehr, die Prävention im Bereich der Kriminalität, die Sicherung von Grundrechten wie beispielsweise der Meinungsfreiheit bei öffentlichen Versammlungen sowie die Verbrechensbekämpfung ist die Polizei unverzichtbar und Aufgabenprivatisierungen im Hinblick auf das staatliche Gewaltmonopol nicht hinnehmbar.

Wir halten eine Aufgabenkritik für notwendig, weil die zusätzlichen Belastungen sonst nicht aufgefangen werden können, schon gar nicht, wenn es sogar Einsparungen von Stellen geben soll. Als Ansatzpunkte sehen wir drei Bereiche:

- Reduzierung der Präsenz bei Veranstaltungen, indem die Veranstalter verpflichtet werden, mehr Ordner zu stellen. Dies soll in anderen Bundesländern bereits so gehandhabt werden.
- Reduzierung der Aufgaben bei der Verkehrsüberwachung – insbesondere sollten Unfälle ohne Personenschäden in der Regel von den Versicherungen selbst aufgenommen werden.

Aus Sicht des SSW ist die Polizei mittlerweile bis an ihre Kapazitätsgrenzen ausgelastet. Mit dem SSW wird es keine pauschalen Stellenstreichungen ohne eine Aufgabenkritik bzw. Analyse der Arbeitsabläufe geben. Es darf nicht sein, dass der Polizei immer mehr Aufgaben zugeschoben werden, sich die Arbeitsbedingungen immer weiter verschlechtern und die Landesregierung gleichzeitig ankündigt, 150 Stellen zu streichen. Der SSW verschließt sich nicht grundsätzlich gegenüber einer funktionalen Gliederung der Aufgaben und einer möglichen Optimierung der Dienststellen, um so Freiräume für z.B. präventive Arbeit zu schaffen.

Die Frage, wie wir das Spannungsfeld zwischen den ebenfalls unabdingbaren Personaleinsparungen auch im Bereich der Landespolizei einerseits und der Garantie, dass es zu keiner Reduzierung der Polizeipräsenz im operativen Bereiche kommen wird, sachgerecht auflösen, ist nur über die Definition der künftig vorzunehmenden Aufgaben möglich. Dabei werden wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die vorhandene Belastungssituation der Polizeibediensteten in der Fläche und insbesondere durch Sondereinsätze abzubauen.

Dann können wir auch vernünftig und verantwortbar Personal in der Höhe von 4.800 Stellen einsparen. Wobei wir andere Akzente setzen werden als ursprünglich verabredet. Wie viel dabei im Verwaltungsbereich der Polizei möglich sein wird, wo gegebenenfalls noch verstärkt werden muss und wo ein Aufgabenabbau möglich ist werden wir in enger Zusammenarbeit mit den Beschäftigten und ihren Vertretungen herausarbeiten. In jedem Fall werden die Personalkürzungen bei der Polizei und der Justiz nicht im Vollzug erfolgen; im Gegenteil, wir müssen das Überstundenproblem lösen. Die Beschäftigten dürfen nicht die Verlierer der Konsolidierung werden, Sie haben einen Anspruch auf eine faire und verlässliche Behandlung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schließen dabei betriebsbedingte Kündigungen, Einschränkungen bei der Mitbestimmung und bei der Gleichstellung aus.

Darüber hinaus werden die Anforderungen der Polizei auch durch neue Infrastrukturmaßnahmen in der Quantität teilweise absehbar zunehmen. Wer beispielsweise um Wachstum zu schaffen neue Verkehrswege, wie den Fortbau der Autobahn 20 befürwortet, der muss auch die Sicherung dieser neuen Autobahnstrecken durch entsprechendes Personal einkalkulieren. Es gibt aber auch Bereiche, in denen die Polizei Aufgaben abgeben kann oder Aufgaben in Gänze wegfallen können. Nach der einvernehmlichen Diskussion um die künftige Streichung der Aufgabe der Polizei, Schwertransporte zu begleiten, könnten auch Aufgaben wie die Maßnahmen nach dem Hafenanlagensicherheitsgesetz oder die Rasterfahndung entweder auf andere Behörden (Verkehrsministerium beim Hafenanlagensicherheitsgesetz) übertragen werden oder künftig völlig wegfallen, da sie keine Erkenntnisse erbracht haben. Eine Stelleneinsparung von 150 Stellen bei der Polizei geht mit der Forderung nach einer zweiten Einsatzhundertschaft nicht zusammen. Nach den Ergebnissen der Großen Anfrage der FDP-Fraktion zur Alters- und Personalstruktur der Landespolizei sowie nach den Ergebnissen der so genannten „Strategie 2012“ des Innenministeriums sind weitere Personaleinsparungen bei der Polizei nicht denkbar. (Anmerkung: Da das Wahlprogramm der FDP erst auf dem Landespartei-tag am 06.09.09 endgültig verabschiedet wird, ist die o.a. Antwort der derzeitige Stand der Diskussion und steht unter dem Vorbehalt des Beschlusses durch den Landespartei-tag.)

- Einsparungen im Verwaltungsbereich. Allerdings halten wir es für eine Illusion, wenn die SPD so tut, man könne in der Verwaltung einfach Stellen streichen, die sich operativ nicht auswirken. Außerdem halten wir an unserer Forderung zur Abschaffung des Polizeiorchesters fest, weil diese Aufgabe nicht zu dem Kernbereich der Polizei gehört.

Für uns ist jedoch wichtig, dass dezentrale Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Weiterhin fordern wir, dass die Personalbelastung der Polizei nicht nur erkannt, sondern auch, dass endlich entsprechend gehandelt wird. Die Rationalisierung bestimmter Aufgabenbereiche wurde bereits in der Reformkommission III und im Rahmen der Strategie 2012 analysiert und zum Großteil wieder von der politischen Tagesordnung genommen. So bleibt zum einen die Möglichkeit, die Polizei von Zuständigkeiten zu entlasten und bestimmte Aufgaben zu privatisieren und zum anderen mehr Personal einzustellen. Aus Sicht des SSW gibt es zwei Bereiche, die hier ganz oben auf der Liste stehen: Vieles spricht dafür, Fußballvereine stärker als bisher zur Kasse zu bitten, wenn Polizeibeamte gewalttätige Fans während und nach einem Fußballspiel auseinanderhalten müssen; auch die Begleitung von Schwertransporten gehört nicht zu den Kernaufgaben der Polizei. Eine Erhöhung der Personaldecke ist bei der derzeitigen Haushaltslage des Landes nur schwer realisierbar. Die Erkenntnisse aus den Reformkonzepten müssen daher mit der bestehenden Personaldecke umgesetzt werden. Längerfristig betrachtet darf aber auch eine Erhöhung des Personalbestands bei der Polizei kein Tabuthema sein.